

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaßene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 42 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 20. Oktober 1916

Inhalt. Beitragsleistung. — Noch eine beachtenswerte Anregung. — Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland nach dem Kriege. — Die Kriegsgewinne der Reutikalen und die Arbeiter. — Der Preis des gegenwärtigen Krieges. — Aus Industrie und Handel. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 22. bis 28. Oktober 1916 ist der 43. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsgegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Noch eine beachtenswerte Anregung.

In unserem Artikel in der vorigen Nummer „Beachtenswerte Anregung“ haben wir uns in der Hauptsache mit der Frage beschäftigt, wie es ermöglicht werden kann, die Verbindung der zum Heere eingezogenen Mitglieder mit unserem Verbandsaufrechtzuerhalten bzw. neu anzuknüpfen, um sie bei der Rückkehr zum bürgerlichen Beruf sofort wieder für den Verband zu gewinnen. Wir dürfen dabei als sicher voraussetzen, daß diese Zeilen auf das Verständnis unserer Ortsverwaltungen gestossen sind und in angemessener Weise verfahren wird.

Bei der sich dabei notwendig machenden Durchsicht der Karteotek, die doch in allen Ortsverwaltungen in Ordnung ist, wird sich zeigen, daß eine große Anzahl Registrierarten von Personen vorhanden sind, die nicht mehr Mitglieder, aber auch nicht zum Heeresdienst eingezogen wurden. Gewiß wird gesagt werden, dies sind meist solche, die während des Krieges neu eingetreten sind, aber nach einiger Zeit ihren Beruf oder Arbeitsplatz gewechselt haben und so für den Verband verloren gingen. Doch Gewisses weiß man nicht, trotzdem eine genaue Uebersicht über das Verbleiben der Mitglieder die beste Grundlage für eine Stabilität des Mitgliederbestandes wäre. Dringend zu empfehlen ist daher, wenn die Ortsverwaltungen an der Hand der Personalkarten oder des Mitgliederverzeichnis Nachforschungen über den Verbleib eines jeden Mitgliedes anstellen und durch Umfrage den Grund des Ausscheidens ermitteln. Bei denen, die ihren Beruf gewechselt haben, kann man die Werbetätigkeit dem jetzt zuständigen Verbands überlassen. Dennoch werden allerorts eine Anzahl der im Sattler- oder Lederverwarengewerbe Arbeitenden übrig bleiben, die, sagen wir, einfach das Beitragszahlen vergessen und so ihre Mitgliedschaft verloren haben. Hier würde es sich empfehlen, mit Zuhilfenahme der Werkstattvertrauensleute die Wiedergewinnung der verlorengegangenen Mitglieder zu beginnen.

Es liegt uns fern, nach dem Vorbild irgendeines Kochbuches nun ein Rezept zu empfehlen mit dem Anfang: Man nehme usw. In den einzelnen Verwaltungsstellen sind die Berufs- und Betriebsverhältnisse nicht gleichartig gestaltet.

In einem Orte ist mehr Privat- als Militärarbeit vorhanden. Wo anders ist es umgekehrt. Hier sind mehr geschlossene Betriebe, anderorts mehr Außerhausarbeit. In manchen Gegenden wiederum haben wir es fast ausnahmsweise mit den während des Krieges entstandenen Frühlingsbetrieben zu tun und in den Großstädten mit allen nur möglichen Betriebsformen. Diese Aufzählung allein beweist, daß eine einheitliche, für alle passende Agitationsform hier nicht empfohlen werden kann, sondern die jeweiligen Umstände und die zu gewinnenden Kollegen und Kolleginnen in Betracht gezogen werden müssen. Ueber die zweckmäßigste Art — Werkstattversammlungen, Hausagitation — haben die örtlichen Verwaltungen zu befinden. Die Hauptsache ist und bleibt, daß dies Feld recht bald beackert wird.

Eine Kontrolle in den einzelnen Betrieben wird ergeben, daß immer noch eine größere Anzahl von Berufsangehörigen wohl die Errungenchaften unseres Verbandes mitgenießen, ja sie als etwas ganz Selbstverständliches hinnehmen, ohne sich darum zu kümmern, wie die Berufsverhältnisse früher lagen, wer die Verbesserungen erkämpft und die Kosten dafür aufgebracht hat. Diese Wildmädchenrechnung soll aber keineswegs bei der Agitation ausschlaggebend sein, auch nicht die Vorrechnung der vom Verbands eingeleiteten Unterstützungsleistungen.

Die Gewerkschaften und auch unser Verband haben große Kulturaufgaben zu lösen, der Arbeiterklasse Einfluß im politischen und wirtschaftlichen Leben zu verschaffen, die viel wertvoller sind als alle Unterstützungen, die der Verband gewähren kann, auch wenn sie verdoppelt würden.

Trotz aller schönen Reden und Versprechungen von Neuorientierungen und freier Bahn allen Tüchtigen wird die Arbeiterchaft keinen Schritt vorwärts kommen, wenn sie nicht sagt: „Ich will!“ Dies Wollen der Arbeiterchaft allein ist das Entscheidende, das nur in großen und geschlossenen Organisationen zum Ausdruck gebracht werden kann. Diesen Grundsatz gilt es in allen Arbeitern zu festigen, sie für die gemeinsamen Ziele zu gewinnen und zu erziehen. Nicht ein einziger darf dabei fehlen, und darum heißt es, die Zeit müssen und sich dem Dienst der Werbearbeit, der Kleinagitation zu widmen, damit die Arbeiterchaft bei der kommenden Neugestaltung der Dinge erfolgreich mitwirken kann.

Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland nach dem Kriege.

Bei der Beantwortung der unzweifelhaft sehr wichtigen Frage, wie sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Beendigung des Krieges vermutlich gestalten werden, kommt es im wesentlichen darauf an, wie man über die Gestaltung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage denkt. Bekommen wir nach dem Kriege eine

günstige Geschäftslage, so wird dies natürlich auf die Daseinsbedingungen der deutschen Arbeiterklasse günstig einwirken, wird die Geschäftslage schlecht oder tritt gar eine Wirtschaftskrise ein, so werden selbstverständlich auch die Arbeiter und Arbeiterinnen darunter zu leiden haben. Es kann ihnen deshalb keineswegs gleichgültig sein, wie der Weltkrieg für Deutschland ausläuft und unter welchen Verhältnissen wir Frieden schließen, weil hiervon unsere Daseinsmöglichkeiten abhängen.

Im allgemeinen herrscht bei uns die Meinung vor, daß wir nach Friedensschluß einer außerordentlich günstigen Wirtschaftslage entgegengehen. Man glaubt, daß die Wunden, die der Krieg unserem Wirtschaftsleben geschlagen hat, nach kurzer Zeit vernarbt sein werden. Es werde verhältnismäßig leicht sein, die gegenwärtige geschlossene und auf sich allein gestellte deutsche Kriegswirtschaft in eine auf dem Weltverkehr beruhende Friedenswirtschaft überzuleiten und die geschäftlichen Beziehungen mit den anderen Staaten wieder aufzunehmen. Dann werde, wie nach jedem Kriege, eine Fülle von wirtschaftlichen Aufgaben an uns herangetragen, weil es gelte, alle die Güter wieder zu erzeugen, die durch den Krieg abgenutzt, verbraucht und vernichtet sind. Eine Fülle von Arbeitsgelegenheit und Verdienst für die Arbeiterchaft und ein reichlicher Gewinn für das Unternehmertum werde die Folge dieser Gestaltung der Dinge sein.

Wenn man nach den Gründen fragt, auf die sich diese hoffnungsvolle Auffassung stützt, so hapert es hiermit bedenklich. Es sind wohl mehr Wünsche und Hoffnungen, als Tatsachen, die aus dieser günstigen Beurteilung unserer künftigen Wirtschaftslage sprechen, und da nach dem Sprichwort man das, was man wünscht und hofft, gern glaubt, so schwebt diese Hoffnungslosigkeit doch ganz bedenklich in der Luft. Es kann nämlich auch ganz anders kommen, als man denkt, und in der Tat mehren sich die Stimmen unter den Wirtschaftspolitikern, die sehr düster in die Zukunft blicken. Wie es aber auch kommen mag, die deutsche Arbeiterklasse wird gezwungen sein, den Kampf ums Dasein unter wesentlich erschwerten Bedingungen zu führen. Es kann für uns, wenn wir das Für und Wider nüchtern gegeneinander abwägen, keinem Zweifel unterliegen, daß sich nach dem Kriege die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland nicht verbessern, sondern eher verschlechtern werden, falls es der organisierten Arbeiterklasse nicht gelingt, den niederdrückenden Bestrebungen wirksam entgegenzutreten. Ohne in den Fehler einer hoffnungslosen Schwarzmalerei zu verfallen, wollen wir die Gründe für unsere Auffassung kurz darlegen.

Offenbar werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb eines Volkes durch zwei Dinge bestimmt: durch die Zahl und die Eigenschaften der Arbeitskräfte, die auf dem Arbeitsmarkte vorhanden sind, und durch die Masse des

Kapitals, das Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Sind verhältnismäßig nicht zu zahlreich, aber gut geeignete Arbeitskräfte vorhanden bei einer reichlich gegebenen Beschäftigungsmöglichkeit, so gestalten sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig, ist das Gegenteil der Fall, so entstehen ungünstige Verhältnisse. Dies trifft für die einzelnen Erwerbszweige wie für die Gesamtheit der erwerbstätigen Personen zu.

Was die Menge der nach dem Kriege zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte betrifft, so wird sich die Zahl der männlichen Personen allerdings bedeutend vermindert haben. Dafür sind aber die weiblichen Arbeitskräfte scharenweise ins Erwerbsleben eingedrungen. Von allen Berufszweigen haben sie Beizug ergriffen und sie haben selbst vor jenen nicht Halt gemacht, die bislang als ein unbetretenes Feld der Männer galten. Das wäre auch an und für sich nicht schlimm, aber es ist sicher, daß sie auch nach dem Kriege nicht ohne Erfolg versuchen werden, die Arbeitsplätze zu behaupten, die sie während des Krieges erobert haben. Teils haben sie sich in die Arbeit hineingewöhnt, teils werden sie durch die wirtschaftliche Not zur Erwerbsarbeit direkt gezwungen. Man denke nur an die zahlreichen Frauen und Mütter, die ihre Ernährer verloren haben und einen Zufluß zu der knappen Rente verdienen müssen, sowie an die nicht minder zahlreichen Mädchen, denen wegen des Mangels an heiratsfähigen Männern der Weg zur Ehe und zur Gründung eines eigenen Hauswesens versperrt ist. So wird denn der Zustand, der aus der Not der schweren Kriegszeit geboren worden ist, in der künftigen Friedenszeit zu einer dauernden Einrichtung werden. Die Unternehmer werden diese Entwicklung natürlich mit Freuden fördern, weil sie in den billigen und willigen Arbeiterinnen ein willkommeneres Mittel sehen, ihre Erzeugungsbedingungen zu verbessern und die Ansprüche der Arbeiter zu dämpfen. Eines Beweises für diese Behauptung bedarf es wohl nicht.

In bezug auf die Eigenschaft der Arbeitskräfte ist zweifellos eine bedeutende Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der aus dem Felde heimkehrenden Kriegsbeschädigten mit verminderter Arbeits- und Leistungsfähigkeit wird das Niveau der gesamten Arbeiterkraft herabdrücken und auf die Lohnhöhe ungünstig einwirken. Der Lohn wird nun einmal durch die Leistung mitbestimmt, und es besteht keine Möglichkeit, ihn künstlich hochzuhalten, wenn die Leistung sinkt. Wenigstens auf die Dauer ist dies unmöglich. Schon heute beobachten wir das Bestreben des Unternehmertums, die Löhne der Kriegsbeschädigten der verminderten Leistungsfähigkeit anzupassen und die Kriegsrente als Ausgleich für den Lohnausfall zu benutzen. Was heute vielleicht noch eine Ausnahme ist, das wird zur Regel werden, wenn die vaterländische Begeisterung einer nüchternen Berechnung gewichen ist. Auch die Leistungsfähigkeit der weiblichen Arbeitskräfte ist eine niedrigere, weil bei den meisten von einer gründlichen Vor- und Ausbildung keine Rede sein kann, und wie es mit der gewerblichen Befähigung unseres proletarischen Nachwuchses bestellt ist, ist jedem Sachkenner bekannt.

Die durch den Krieg herbeigeführte Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse in bezug auf Arbeiterzahl und Befähigung der Arbeiter wird noch verschlimmert durch eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Unternehmertätigkeit des Kapitals noch auf Jahre hinaus wesentlich eingeschränkt werden. Nicht als ob es an einer Unternehmungslust mangelte; die wird ohne Zweifel vorhanden sein, aber es wird an der Möglichkeit fehlen, diesen kapitalistischen Drang zu betätigen. Zunächst werden die Arbeiten für den Kriegsbedarf, für den Bedarf des Landheeres und der Marine wesentlich geringer sein. Sodann wird das Geld für gewerbliche und industrielle Unternehmungen knapp werden und nur gegen hohe Zinsen zu haben sein, wozu die Kriegsanleihen beitragen. Die Knappheit auf dem Geldmarkt wird ergänzt

durch die Knappheit auf dem Warenmarkt. Es wird vielfach an Rohstoffen mangeln, die wir früher aus dem Auslande bezogen haben, der innere Markt wird nicht mehr so viel Waren aufnehmen können, weil die Kaufkraft der Massen sinkt, und auf dem Auslandsmarkt wird es schwer halten, die überschüssigen Waren abzusetzen, weil sich das Ausland vielfach ablehnend verhalten wird. Die hieraus entspringenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden natürlich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland äußerst ungünstig einwirken.

Hinzu kommt noch, daß auch die Kaufkraft des Geldes sinken wird. Sollte auch der Geldlohn seine frühere Höhe behalten, so wird doch der Reallohn sinken. Es erscheint völlig ausgeschlossen, daß die Lebensmittelpreise auf den früheren Stand zurückgehen werden. Jeder Volkswirtschaftler weiß, daß die Warenpreise leicht und schnell steigen, daß sie aber nur schwer und langsam wieder heruntergehen. Außerdem werden die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, sie mögen wollen oder nicht, auch von den ungeheuren Kriegslasten ihr vollgerütteltes Maß zu tragen haben. Dies wird in hohen Steuern und Zöllen und in einer Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zum Ausdruck kommen. Das Endergebnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege wird also sein ein Herabdrücken der Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Unterhaltskosten — sicherlich ein tieftrauriger Ausblick in die Zukunft.

Glücklicherweise ist die deutsche Arbeiterklasse diesen Verhältnissen nicht widerstandslos ausgeliefert, es stehen ihr vielmehr Mittel und Wege zur Verfügung, um einen Ausweg zu schaffen und trotz der großen Schwierigkeiten den Aufstieg, in dem sie sich vor dem Kriege befand, auch nach dem Kriege fortzusetzen.

In allererster Linie sind natürlich die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse berufen, gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Schutzwälle aufzuwerfen, indem sie alles das beseitigen, was diese Verschlechterung verursacht. Zunächst müssen sie mit allen Kräften darauf hinarbeiten, daß die Frauennarbeit ihrer Eigenschaften als Schmutzkonkurrenz entkleidet wird. Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, ob es sich um männliche oder weibliche Arbeitskräfte handelt, ist eine gewerkschaftliche Forderung ersten Ranges. Um sie durchzusetzen, bedarf es natürlich einer eifrigen, andauernden Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen und Mädchen. Sodann müssen sich die Gewerkschaften dagegen wehren, daß die Rente der Kriegsbeschädigten auf den Lohn angerechnet wird. Hierbei sind sie auf die Hilfe der Staatsgewalt und auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung angewiesen. Endlich ist es auch eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, auf eine Wertverbesserung der Arbeitskräfte und damit auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit hinzuwirken, indem sie auf die Vor- und Ausbildung des Nachwuchses mehr als bisher Gewicht legen.

Um das Sinken des Reallohnes und damit eine Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern, ist es notwendig, daß der politische Einfluß der deutschen Arbeiterklasse gestärkt wird. Hier spielt die Steuer- und Zollpolitik eine ausschlaggebende Rolle. Bei der Verteilung der Kriegslasten und bei der Einführung der Zölle muß der Grundgedanke so weit wie möglich durchgeführt werden, daß die schwächeren Schultern geist und daß die bestgestellten Volksschichten schärfer herangezogen werden. Dies Ziel kann natürlich nicht erreicht werden durch eine Enthaltungspolitik, indem man sich in den Schmollwinkel stellt und nicht mitmacht, so daß die anderen allein die Sache deicheln. Auch die Konjunktionsgenossenschaften sind ein geeignetes Mittel, die Kaufkraft des Geldes zu steigern und dadurch den Reallohn zu heben. Die Ausschaltung des schwarzen Zwischenglieds und die planmäßige Regelung der Warenverteilung hat bekanntlich ein Herabsetzen der Preise für die notwendigen Lebensmittel zur Folge

und gewährt dem Arbeiter die Möglichkeit, für den gleichen Geldlohn mehr Gebrauchsgüter zu kaufen. In der gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung besitzt das deutsche Proletariat drei gute Waffen im Kampfe gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Selbstverständlich dürfen diese Waffen nicht gegeneinander gefehrt werden, vielmehr müssen diese Bewegungen Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wollte man diese Wahrheit außer acht lassen und durch gegenseitige Reibereien die Stoßkraft und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterbewegung schwächen. Wir müssen unsere Kräfte zusammenhalten und aufs äußerste anspannen, um der Schwierigkeiten der Lage Herr zu werden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Einheit und Einigkeit der Arbeiterschaft sind deshalb mehr als je ein zwingendes Gebot. Nur wenn wir danach handeln, werden wir die uns bevorstehenden Kämpfe erfolgreich bestehen. Brutus.

Die Kriegsgewinne der Neutralen und die Arbeiter.

Von R. Lunde.

Es ist häufig in der Kriegszeit von den Riesengewinnen, die die neutralen Staaten Europas sowie Amerikas gemacht haben sollen, gesprochen worden. Es wird von Einnahmen und Dividenden, die fast sagenhaft klingen, berichtet. Von Reedern, die für eine einzige Frachtfahrt mehr verlangten als das ganze Fahrzeug wert war. Mehrere Industriezweige wie die Werften, die Maschinenfabriken, die Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie haben große Gewinne herausgeschlagen. Die Kaufleute, die beim Absatz dieser Erzeugnisse mitgewirkt haben, konnten gleichfalls mit ihren großen Gewinnen zufrieden sein. Auch die Landwirtschaft ist in diesen ersten Zeiten nicht leer ausgegangen. Reichtümer haben sich in manchen Händen schier unglaublich angehäuft. Kleine Händler sahen sich plötzlich als Millionäre. Fabriken schütteten Dividenden aus, die in die Hunderte von Prozenten gingen. Für Dampfer, die vor dem Kriege 200 000—300 000 Kronen kosteten, werden jetzt Millionen geboten. Auf der Börse spielen sich manchmal Szenen ab, wie sie bisher, in Europa wenigstens, nicht vorgekommen sind. Dies alles müßte — sollte man annehmen — einen gewissen Wohlstand des ganzen Volkes eines solchen Staates mit sich bringen. Bei näherer Betrachtung der wirklichen Sachlage kommt man aber zu einem ganz anderen Resultat. Wenigstens was die Arbeiter betrifft, aber auch den Mittelstand. Wir sehen, daß die neutralen Staaten Europas und besonders die skandinavischen Länder ihre ausländischen Schulden zum größten Teil getilgt haben. Der Goldbestand der Nationalbanken dieser Länder hat sich gegen den Stand in Friedenszeiten erheblich erhöht. Man kann aber auch gleichzeitig wahrnehmen, wie die Schwierigkeiten bei der Verjorgung der eigenen Völker mit Lebensmitteln Tag für Tag immer größer werden. Dies ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, in erster Reihe die Unterbindung der überseeischen Zufuhr, die England als Vorkämpfer und Beschützer der kleinen Staaten für angebracht hält. Dann muß man leider die gewinnjüchtige und rücksichtslose Haltung großer Produzenten- und Vermittlerkreise — die ja auch in den kriegführenden Ländern das Möglichste leisten — konstatieren. Dies hat dazu geführt, daß die Arbeiter der neutralen Länder, mit einigen wenigen Ausnahmen in eine noch schwierigere Lage als vor dem Kriege geraten sind. Davon zeugen die Lebensmittel- und Feuerungsdemonstrationen in Holland, in der Schweiz und in Rumänien, als es noch „neutral“ war. Davon zeugen auch die gegenwärtigen Zustände auf dem Lebensmittelmarkt in Schweden, Dänemark und Norwegen und vor allem die ungeheure Wohnungsnot dortselbst. Staat und Stadt haben hierbei, um wenigstens die größeren Mißstände zu beseitigen, regulierend eingreifen müssen. Trotz dieser staatlichen und kommunalen Maßnahmen hat die ärmere Bevölkerung dieser Länder sehr unter der Teuerung zu leiden. Zwar können die Arbeiter einiger Industriezweige wie z. B. im Schiffsbau, in der Maschinenindustrie, in den Lebensmittelbranchen mit gutem Verdienst rechnen, demgegenüber stehen aber die noch mehr gesteigerten Preise der wichtigsten Bedarfsartikel.

Für das Gros der Arbeiterklasse bleibt aber nichts anderes übrig, als sich aufs äußerste einzuschränken und sogar unter die Grenzen dessen, was man zum Lebensunterhalt für notwendig erachtet, herunterzugehen. Dazu kommt noch das Gespenst der Wohnungsnot. Beim Einsetzen des schicksalsschweren Monats August des Jahres 1914 strotzten

die Betriebe, nicht nur in den kriegsführenden, sondern auch in den neutralen Staaten Europas. Ein Industriefrieg, der vollständig gelähmt wurde, war gerade die Buntätigkeit, und während manche andere Industrien allmählich wieder in Gang gesetzt wurden, blieb dagegen die Wohnungsproduktion, weit über das erste Kriegsjahr hinaus, fast vollständig brach liegen. Und noch bevor die Behörden die richtige Sachlage erkannt hatten, war das Gepeitsch bereits da. Beim Frühjahrsanfang konnten sie noch einigermaßen Herr der Schwierigkeiten werden, und den obdachlosen Familien nach und nach Unterkunft verschaffen.

Der Sommer sollte dann zur Beseitigung der beim Herbstanfang erwarteten Schwierigkeiten benutzt werden. Die Städte ergriffen verschiedene Maßnahmen, um die Buntätigkeit zu fördern. Der Preis der städtischen Baupläne wurde erheblich heruntergesetzt, die Kaufsummen sollten mehrere Jahre zinsfrei sein, leerstehende Magazine, Läden usw. sollten zu Kleinwohnungen eingerichtet werden. Die Stadt Malmö läßt einen alten Wasserturm sowie die nicht mehr zu Zweckzwecken gebrauchten Gebäude der alten Malmöhus-Festung in Arbeiterwohnungen umwandern. Eine andere schwedische Stadt hat ähnliche Vorkehrungen getroffen. Die schwedische Regierung berief einen Nordischen Wohnungsausschuss nach Stockholm ein. Die Kopenhagener Stadtverordneten beschloßen auf Antrag der sozialdemokratischen Gruppe die Ausführung von Bauten mit 1000 Arbeiterwohnungen, und auch in Norwegen sind ähnliche kommunale Maßnahmen ergriffen worden. Sie scheinen aber nicht rechtzeitig oder ausreichend geplant gewesen zu sein. Bei dem am 1. Oktober in Schweden stattgefundenen Anlauf konnten nämlich in den größeren und mittleren Städten Hunderte von Familien keine Unterkunft finden. In der Hauptstadt ging es noch glimpflich ab, nur eine kleine Zahl von Familien stand obdachlos da, in Göteborg dagegen waren es 136 Familien — und da es sich in den meisten Fällen um Kinderreiche Leute handelt, war die Zahl der wohnungslosen Personen annähernd 1000. In Malmö befanden sich 100 Familien mit 500 bis 600 Kindern in der traurigen Lage, ohne Wohnung zu sein. Das gleiche Bild zeigte sich in den meisten anderen Städten des Landes, nur daß die Zahl der Obdachlosen schwankend ist. In Norwegen ist die Wohnungsnot eine fast noch schlimmere, denn außer den bereits erwähnten Ursachen kommen die großen verheerenden Städtebrände — Bergen, Molde und mehrere andere — in Betracht.

Daraus kann man also ersehen, daß das Gros der Bevölkerung und namentlich die Arbeiterklasse der Neutralen nicht auf Rosen gebettet ist. Hierzu kommt noch, daß man mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit rechnen muß, denn durch die erwähnten Maßnahmen der Engländer sehen sich viele Industrien wie z. B. die Leder- und Schuhindustrie, die Textilfabriken, Margarineindustrie usw. ohne Rohwaren. Dieses Bild über die Lage der arbeitenden und schaffenden Schichten der neutralen Staaten weicht zwar ein „wenig“ von dem ab, was gewisse Korrespondenten von ihren „Entdeckungsfahrten“ nach den nordischen Hauptstädten zu berichten haben, dürfte aber etwas zutreffender sein. Es ist zwar wahr, daß in Christiania nie so viel Champagner wie gerade jetzt zur Kriegszeit getrunken worden ist, wahr ist es auch, daß in Kopenhagen in der eben eingeklebten Außenzeit trotz der um 100 Prozent gesteigerten Zufuhr dieser Schältere ein „Mangel“ darin besteht. Es dürfte aber auch unbestritten sein, daß Kummer und Sorge um das tägliche Brot in den Arbeitervierteln während der Kriegszeit noch größer als vordem sind.

Der Preis des gegenwärtigen Krieges.

Wer kann ihn ermessen, ihn schätzen? Es wäre nur einigermaßen möglich, wenn alle gewissenhaften Politiker aller kriegführenden Staaten eine Rechnung aufmachen würden nach dem Muster, wie das französische Parlamentsmitglied Brizon der französischen Kammer vorgelegt hat; sie könnten sicherlich kaum zu einer anderen Schlußfolgerung kommen als diese, daß nämlich eine weitere Fortsetzung des Völkermordens und der Vernichtung unermeßlicher Werte der schließlichen Ruin aller Völker und Staaten — und nicht nur der kriegführenden allein — herbeiführen müßte, und daß es darum ein Gebot der Selbsterhaltung, der Klugheit und der Menschlichkeit sein müßte, je eher je besser, dem verderbbringenden Krieg auf friedlichem Wege ein Ende zu machen.

Es bleibt uns, so sagte Brizon unter anderem, nichts übrig, als kühl den Preis dieses furchtbaren Krieges zu berechnen. In runden Zahlen darf man diesen Preis auf 50 Milliarden berechnen, die seit Beginn des Krieges im August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 in den Abgrund geworfen sein werden. Das sind aber nur die staatlichen Ausgaben. Sie stellen einen ersten Entwurf der Kriegskosten dar. Es gibt aber noch zwei andere Kostenanschläge.

Erstens: die während des Krieges verlorene Arbeit; zweitens: den Wert der für immer verlorenen Männer, ohne Berücksichtigung der Verfrüppelten. Ich unterbreite Ihnen zunächst den Wert der verlorenen Arbeit. Es befinden sich 6½ Millionen Männer unter den Fahnen. Auf diese 6½ Millionen kommen sicherlich 5 Millionen wirklich schaffender Leute. Wenn ich den sozialen Wert der Arbeit jedes Mannes mit 100 Franc täglich ansetze und das Arbeitsjahr mit 300 Tagen berechne, so ergibt das für jeden einzelnen einen Gesamtwert von 3000 Franc jährlich oder 15 Milliarden im ganzen am Ende des Jahres. Da nun der Krieg bei dieser Politik der Regierung wenigstens noch ein Jahr dauern wird, so haben wir mit drei Jahren Krieg zu rechnen. Infolgedessen wird Frankreich an Werten sozialer Arbeit dreimal 15 Milliarden, also 45 Milliarden, eingebüßt haben. Das ist der zweite Kostenaufriß: 45 Milliarden glatter Verlust!

Der dritte Kostenaufriß ist der schmerzliche. Er betrifft den wirtschaftlichen Wert der auf den Schlachtfeldern gefallenen Menschen! Ich will nicht einmal den moralischen in Betracht ziehen; denn der moralische Wert eines Menschen, im ureigensten Sinne des Wortes genommen, ist einfach unberechenbar! Welch ungeheures Kapital an Gefühlen, Neigungen, Klugheit, Talenten, Erfindungskunst, Wissenschaft und vielleicht sogar an Genie stellen unsere Toten dar. Kein Sterblicher könnte das berechnen! Ich möchte hier nur, wenn schon in roher Form, versuchen, Durchschnittswerte der Arbeit zu berechnen, die all die Männer hätten leisten können, die jetzt unter dem grünen Rasen liegen. Um diese Arbeit kommen wir nicht herum. Wieviel Männer werden wir zu Ende des Krieges verloren haben? Dauert der Krieg bei der Politik des Herrn Briand noch ein Jahr, so wird Frankreich am Ende des Krieges 1½ Millionen an Toten zu beklagen haben!

Wie ich vorhin dargelegt habe, beziffert sich der wirtschaftliche Wert der verlorenen Arbeit für jeden einzelnen auf 3000 Franc jährlich. Wenn ich einen Durchschnitt mit 33 Arbeitsjahren annehme, so komme ich zu der Ziffer von 100 000 Franc für jeden einzelnen Mann. Vielfältigen Sie diese 100 000 Franc mit 1½ Millionen, so erhalten Sie: 150 Milliarden Franc an wirtschaftlicher Kraft getöteter Franzosen verloren! Das heißt: 150 Milliarden verloren für Frankreich!

Also ist die Rechnung: Erstens 50 Milliarden öffentlicher Ausgaben zur augenblicklichen Stunde, zu denen in einem Jahre noch mindestens 30 Milliarden kommen werden. Die öffentlichen Kriegskosten werden sich also auf 80 Milliarden belaufen. Dazu die Kosten für Schädenvergleitungen, die ich mit 5 Milliarden in Anschlag bringe. Sind 85 Milliarden. Zu diesen kommen aber noch 30 Milliarden alter Schulden, im ganzen also 115 Milliarden!

Das ist der Abgrund, der zugebeut werden muß! Die zweite Ziffer, das sind die 45 Milliarden der bereits verlorenen Arbeit, zu denen im Jahre noch weitere 15 Milliarden kommen werden, im ganzen also 60 Milliarden.

Die dritte Ziffer, das sind die 150 Milliarden, die mit den Toten in der Erde liegen! Also 115 bis 120 Milliarden Staatsschuld und zirka 200 Milliarden anderer Verluste! So steht der Krieg aus, zahlenmäßig dargestellt!

Ich betone, daß ich das moralische Problem unberührt lasse. Der Krieg, meine Herren, ist ein Geschäft! In unserer kapitalistischen Zeitperiode sind die Kriege, und auch der augenblickliche Krieg, nichts anderes als Geschäfte. Ein Geschäft muß aber auch wie ein Geschäft behandelt werden: einseitig, vorzüglich und mit einem Blick in die Zukunft! Anstatt das Blut seines Landes zu vergießen, sollte Herr Briand, um das gewünschte Endziel, den Sieg für nationale Unabhängigkeit, die wir alle wünschen, zu erreichen, sich lieber überlegen, ob man dieses Ziel nicht durch Verhandlung oder Vermittelung erreichen kann! Man kann und muß verhandeln, bis man den unerjüchtlichen Beweis hat, daß jede friedliche Lösung unmöglich ist. Man hat nicht das Recht, so fortzufahren und ohne zu rechnen die Milliarden des Volkes in den Abgrund und seine Männer in das rasende Feuer des Todes zu werfen!

Aus Industrie und Handel.

Die fehlenden deutschen Waren in England. Trotz aller Kriegswut der englischen Staatsmänner und Zeitungsschreiber ist die Stimme der Vernunft in England nicht ganz um Schweigen gebracht. Eine solche nachdenkliche Äußerung des nüchternen englischen Geschäftsmannes und Volkswirtes veröffentlicht die Nummer 17 der Monatschrift „Deutsches Schaffen“ (Zeitschrift des Verbandes Deutsche Arbeit). Die dem Deutschen Werkbunde nachgebildete englische „Design and Industries Association“ schreibt in einer ihrer Werbeschriften folgendes: „Die deutschen Fabrikate im Werte von 59 100 000 Pfund = 1200 Millionen Mark, die wir im Jahre 1913 aus Deutschland eingeführt haben, umfaßen eine große Fülle von Waren. Endlose Beweise werden von ver-

schiedensten Seiten dafür erbracht, daß plötzlich Mangel an allem Möglichen gefühlt wird, weil wir nicht länger von Deutschland kaufen können. Man nimmt eine in Bühnenkreisen viel gelezene Zeitung in die Hand und sieht ein bekanntes Drogistengeschäft britische Fettschminken anbieten, die ebenso gut seien wie die berühmten Fettschminken, die früher aus Deutschland kamen. Man trifft einen Bekannten, der im Ledergewerbe tätig ist, und fragt ihn, wie das Geschäft gehe. Es fehle ihm, sagt er, ein gewisser chemischer Stoff, der früher aus Deutschland kam. Man geht in den Zoologischen Garten und findet, daß es dort an Weshwürmern mangle, die aus Deutschland eingeführt wurden. Man hört aus dem Laboratorium, daß die Reagenz- und andere Laboratoriumsgläser, für die wir auf Deutschland angewiesen waren, knapp seien. Die Gutfabrikation ist in Schwierigkeiten durch das Fehlen deutscher Seidenbänder. Der Arzt sieht sich nach Ersatz für wertvolle Arzneien um, die nicht nur in Deutschland fabriziert, sondern auch erfinden wurden. Der Apotheker bietet einem ein Ersatzmittel für ausgezeichnete Pastillen an, die man früher dort holte und die selbstverständlich aus Deutschland kamen. Dem Photographen fehlt es am Papier und photographischen Artikeln, die als Spezialität anzufertigen Deutschland einträglich gefunden hatte. Der Naturforscher entbehrt die wissenschaftlichen Nistkästen, die früher aus Deutschland kamen. Unser unscheinbares Pergamentpapier, das zum Einschlagen von Butter diente, war deutsch. Man bekommt den mit Knöpfen gefüllten Mustertafeln eines Reisenden gezeigt und erfährt, daß man auf der Jagd ist nach einer englischen Firma, die deren Fabrikation übernehmen kann, weil sie nicht mehr aus Deutschland kommen. Da gibt es ein ausgezeichnetes Desinfektionsmittel, das den Namen „Iamol“ trägt; es ist aus Stoffen hergestellt, für das das Deutsche Reich ein Monopol hat; ein Deutscher unterzog sich der Mühe, das Material auszubenteuen. Da gibt es eine besondere Notationsmaschine; man kann augenblicklich keine ähnliche erhalten, weil wir Krieg mit Deutschland haben. Dann gibt es wieder eine bescheidene Drahtzange; der Verkäufer bietet einem einen schlechteren Artikel an als den, den man früher bekam und jetzt einem auseinander, daß die deutsche Zufuhr abgeperrt sei. Da ist ein Kanarienvogel mit einer wunderbaren Stimme, er hat in Deutschland singen gelernt. Da sind Farbstoffe — doch genug, es macht einen wehmütig, die peinliche Geschichte gerade dieses Themas zu erzählen. Es gibt einen völlig geraden und sicheren Weg, die britische Ausfuhr in Zukunft zu vermindern, und das ist die weitere Vernachlässigung der neuen Gezebe der wissenschaftlichen Industrie, deren hingebungsvolle Pflege Deutschland befähigt hat, nicht nur oder hauptsächlich auf neuen Märkten, sondern in sehr weitem Maße auf den besten verfeinertsten alten Märkten festen Fuß zu fassen. Ich habe es gewagt, lange vor den gegenwärtigen Feindseligkeiten, meinen Landsleuten diesen Text bei vielen Gelegenheiten zu lesen. Um so ernster ist die Veranlassung, es jetzt zu tun, nachdem der Umfang deutschen Eindringens sich uns entkühlt hat. Es ist nötig, sich darüber klar zu werden, daß wir in fast allen neuen Gewerben, Industrien und Herstellungsverfahren bisher eher Nachfolger als Führer in der Welt der Industrie geworden sind.

Aus anderen Organisationen.

Eine Abstimmung der Bäcker im Felde über die Beseitigung der Nachtarbeit. Seitdem am 5. Januar 1915 das Verbot der Nachtarbeit im Bäckerberufe als Teilbestand einer Bundesratsverordnung über die Vereinerung von Bauwären ergangen war, hat der Bäckerverband keinen Augenblick in dem Bestreben gerausert, dieses als eine Kriegsmaßnahme gekommene Verbot zu einem dauernden zu gestalten. Die Bäckergehilfen wußten, daß der Kampf gegen die Nachtarbeit sich vorläufig nur die gesetzliche Beseitigung dieses Übels zum Ziele setzen konnte, weil rein gewerkschaftliche Kraft nicht imstande sein werde, alle eingewurzelten Hindernisse zu überrennen. Für die Mittel- und Kleinbetriebe, also für die ungeheure Mehrheit der Betriebe und der Arbeiter (denn es kommen hier rund 100 000 Köpfe in Frage), war der Wegfall der Nachtarbeit von größtem Vorteil. Und deshalb konnte die Organisation nicht daran denken, zugunsten der Großbetriebe auf ihre Forderung zu verzichten, oder ihnen besonders die Nachtarbeit weiter zuzubilligen, weil sie dort von dem einzelnen Arbeiter nur mit Unterbrechung verlangt werde und diese Art Betriebe in anderer Hinsicht gesündere Arbeitsverhältnisse böten. Daß die Arbeiterorganisation nicht den wirtschaftlichen Wert der Großbetriebe unterschätzte, befandete sie dadurch, daß sie nicht auf einer zu vollständigen Nachruhe bestand, wie es das Kleinmeisterturn wünschte, sondern generell eine achtstündige forderte, so daß, wenn es die Verhältnisse bedingen, immer noch in zwei Achtfundenzschichten gearbeitet und somit jeder Betrieb sicher wirtschaftlich genug ausgenutzt

werden kann. Viele Meister waren bereits ebenfalls Freunde des Nachbaterverbots geworden, nur in Südwestdeutschland erkund dem Verbot eine Opposition, die als Hauptargument anführte, daß die in den Schützengräben liegenden Berufsangehörigen nicht zu der Frage Stellung nehmen könnten; sie müßten erst gehört werden, denn über ihre Köpfe könnte in einer so wichtigen Lebensfrage nicht entschieden werden. Die Organisation forderte dagegen nach wie vor, daß die Frage schon jetzt entschieden werden soll.

Sie hat deshalb die Erlaubnis des preußischen Kriegsministeriums nachgesucht und nach längeren Verhandlungen erhalten, unter den zur Truppe eingezogenen Meistern und Gesellen eine Abstimmung darüber vornehmen lassen zu können. Darauf sind an die eingezogenen Bäcker in den Feldbäckereien, in der Front und in den Kasernen, soweit sie erreichbar waren, Stimmzettel verteilt worden. Diefem Vorgehen des Bäckerverbandes hat sich dann noch der S.-D. Gewerksverein der Bäcker angeschlossen. Nach wenigen Tagen lag bereits ein nennenswertes Resultat der Abstimmung vor.

Von 13 062 Abstimmenden haben sich 12 979 dafür erklärt, daß auch nach dem Kriege die Nacharbeit dauernd gesetzlich beseitigt bleibt und 12 909 dafür, daß die gesetzliche Regelung schon jetzt vorgenommen wird; 150 stimmten dagegen. —

Die Holzarbeiter vor einer neuen Tarifbewegung. Das Tarifwesen in der Holzindustrie hat unter den Kriegswirkungen nicht unerhebliche Veränderungen erfahren. Während in früheren Jahren in dem rastlosen Streben des Holzarbeiterverbandes nach einer organischen Fortentwicklung der Tarifverträge nebst entsprechender Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Stillstand oder mehr als einjährige Pausen unbekannte Dinge waren, hat sich während des Krieges gewaltig geändert. Zwar wäre es auch in dieser Zeit nicht unbedingt ausgeschlossen gewesen, sich der geltenden Verträge zu entledigen, da diese in jedem Jahre gefündigt werden können. Wenn jedoch sowohl im Jahre 1914 wie auch 1915 die Unternehmer wie die Arbeiter von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht haben, so mögen daher wohl gewichtige Gründe vorhanden gewesen sein.

Durch die Nichtkündigung der Verträge in den beiden verfloffenen Jahren haben die Unternehmer ganz unbedient ein lange vergeblich angestrebtes Ziel erreicht, nämlich deren gleichzeitigen Ablauf. Damit mußten sich die Arbeiter abfinden, sie konnten es nicht ändern. Ihre ganze Sorge wurde aber auch in stetig steigendem Maße aus den materiellen Inhalt der Verträge und die Lohnfragen derart hingelenkt, daß daneben alle anderen Gesichtspunkte zunächst zurücktreten mußten.

Da im Holzgewerbe nicht die zentralen, sondern die lokalen Organisationen die maßgebenden Träger der Tarifverträge sind, sollten auch diese in erster Linie für die Regelung der von den Arbeitern verlangten Teuerungszulagen sorgen. Dieser Aufgabe haben sie allerdings nur in sehr ungenügender Maße entsprochen; die Unternehmer verhielten sich größtenteils ablehnend und sogar ihre Organisationen stellten sich vielfach in den Dienst des Kampfes gegen Teuerungszulagen mit dem Argument, daß solche Zulagen unter dem bestehenden Tarifvertrag unzulässig seien.

In vielen Orten ist über Teuerungszulagen wiederholt mit den Unternehmern verhandelt und vom Holzarbeiterverband ist alles mögliche versucht worden, um einen annähernden Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung durch entsprechende Lohnsteigerungen für seine Mitglieder zu erreichen. Doch leider hat auch dieses Bemühen nicht den gewünschten durchgreifenden Erfolg gezeitigt; es gibt jetzt noch Orte, in denen den Arbeitern gar nichts oder nur ganz geringfügige Zulagen gewährt werden. Bei diesem Stande der Dinge war vorauszusetzen, daß die Frage der Vertragskündigung in diesem Jahre durch die Arbeiter eine andere Beurteilung erfahren würde, als dies in den vorausgegangenen Jahren der Fall gewesen ist. Wenn auch die Entscheidung dieser Frage nicht vor dem 15. November, dem Kündigungsstag der Verträge, zu fassen braucht, hielt es doch der Vorstand des Holzarbeiterverbandes für angezeigt, eine gründliche Aussprache darüber auf einer für diesen Zweck anberaumten Reichskonferenz herbeizuführen.

Am 2. und 3. Oktober fand diese von 110 der größeren Vertragsorte besuchte Konferenz in Berlin statt. Soweit die Aussprache über die Vertrags- und Lohnfragen in Betracht zu ziehen ist, darf man die Verhandlungen der Konferenz getroffen mit denen eines ordentlichen Verbandstages auf die gleiche Stufe stellen. In der Hauptsache war die Debatte beherzt von der größten Unzufriedenheit über das geringe und vielfach gänzlich mangelnde Entgegenkommen der Unternehmer in der Frage der Teuerungszulagen. An die Verbandsleitung wurde aber auch das einstimmige Verlangen gestellt, in dieser

Frage mehr Initiative zu entwickeln und insbesondere von der Zentrale der Unternehmerorganisationen nicht bloß platonische Erklärungen, sondern positive Daten zu verlangen. Die Holzarbeiter vermögen nicht einzusehen und zeigen keine Lust, noch weiterhin die unerhörten Preistreiberereien über sich ergehen zu lassen, ohne sich energisch dagegen zur Wehre zu setzen bzw. mit ganzer Kraft für einen möglichen Ausgleich dieser Mißstände zu wirken. Unter diesem Gesichtspunkte wurde auch die Frage der bevorstehenden Vertragskündigung beurteilt und eine Resolution beschlossen, die hierfür das zunächst Erforderliche besagt.

Danach erheben die Holzarbeiter erneut das Verlangen nach Teuerungszulagen, indem den Unternehmern in allen Orten die Forderung einer solchen Zulage in Höhe von 33 1/2 Proz. oder 20 Pf. Stundenloohnerhöhung auf alle bestehenden Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen unverzüglich unterbreitet werden soll. Die Akkordpreise und Montagegelde sollen die gleiche Erhöhung erfahren. Wenn es die Konferenz auch für selbstverständlich hielt, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Forderungen einsetzen wird, so hat sie dieses trotzdem in dem Beschluß ausdrücklich hervorgehoben. Es muß zunächst abgewartet werden, welches Maß von Einsicht die Unternehmerorganisation bei den Unternehmern diesen Forderungen gegenüber an den Tag legen wird. Die Konferenz hat sich in der Frage der Vertragskündigung nicht weiter festgelegt. In der Resolution ist ausgesprochen, daß die mit den Unternehmern zu führenden Verhandlungen so beschleunigt werden müssen, daß rechtzeitig vor dem Kündigungsstermin zu dem Resultat Stellung genommen werden kann.

Soziales.

Die bei der Volksfürsorge Versicherten haben die Gewißheit, daß die von ihnen eingezahlten Prämien nur ihnen und der Wahrung ihrer Interessen zugeführt werden. Das zeigt am deutlichsten die Verwendung der erzielten Ueberschüsse. Die letzteren betragen seit der Gründung der Anstalt, Juli 1913 bis Ende Dezember 1915, also in 2 1/2 Betriebsjahren, von denen 1 1/2 Jahre in den Krieg fallen, 386 829 Mk. Davon wurden im ganzen 219 302 der Gewinnreserve der Versicherten überwiesen. Durch Verzicht der Aktionäre auf die ihnen im Jahre 1913 zustehende vierprozentige Verzinsung des Aktienkapitals flossen weitere 40 000 Mk. diesem Fonds zu, der danach jetzt schon 259 302 Mk. beträgt und zur Erhöhung der fälligen Versicherungssumme der einzelnen Versicherten dient. Weiter wurden dem gesetzlichen Reservefonds 19 341 Mk. zugewiesen; 98 024 Mark flossen sonstigen Reservefonds (Organisationsfonds, Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve und Kriegsreservefonds) zu. Dem Kriegsreservefonds wurden auf diese Weise 19 341 Mk. zugewiesen. Dazu kommen 80 000 Mk., die durch den Verzicht der Aktionäre auf die ihnen zustehenden Zinsen aus den Geschäftsjahren 1914 und 1915 diesem Fonds zuzuschießen, so daß er jetzt 99 341 Mk. beträgt, welche Summe nach dem Friedensschluß an die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen bezugsberechtigten Versicherten nach dem Verhältnis der eingezahlten Prämien reiflos zur Verteilung gelangt. — Den Aktionären und Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern fließen, im Gegensatz zu den meisten privaten Gesellschaften, Beträge aus den Ueberschüssen nicht zu.

Rundschau.

Leistung und Gegenleistung bilden die Grundlage eines jeden Vertrages: Tari-, Miets-, Arbeits-, Kauf-, Pachtrtrags usw. Im Kriege hat man hauptsächlich bei der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte nach der Gegenleistung in Form von Geld gefragt. Die Leistung der Landwirtschaft: Produktion und Ablieferung von Nahrungsmitteln, ist vielfach die gleiche geblieben. Die Gegenleistung der Konsumenten dagegen ist bedeutend gestiegen, für dasselbe Quantum vielfach das Doppelte und Dreifache gegen früher. Was rechtfertigt diese Preissteigerung? Man sagt, die Produktionskosten seien gestiegen. Der Preis für das Land, auf dem die Produkte wachsen, ist doch das gleiche geblieben. Pachtrträge laufen meist auf Jahre hinaus. Und inwiefern die Produktionskosten für Obst, Gemüse, Kartoffeln, sogar für wildwachsende Pflanzen und Früchte (Holunder, Pilze, Beeren usw.) gestiegen sein sollen, ist nicht recht erklärlich. Die Arbeitslöhne auf dem Lande sind auch nicht erheblich gestiegen; vielfach wird die Arbeit durch beurlaubte Soldaten, Frauen und Kinder verrichtet. Der hauptsächlichste Grund der Preissteigerung ist: „Es ist Krieg!“ Die Nahrungsmittel sind infolge der Absperrung knapp, die Nachfrage übersteigt das Angebot und deshalb die fortgesetzten Preistreiberereien, die durch Zurückhaltung und sonstige Manipulationen noch begünstigt worden. Es ist an der Zeit,

daß Leistung und Gegenleistung wieder in das richtige Verhältnis gebracht werden. Einen gewissen Aufschlag gegenüber den Friedenspreisen wird man der Landwirtschaft gern zubilligen, aber man komme nicht fortgesetzt mit dem „Anreiz zur Produktion“, was wie eine Schraube ohne Ende ist. In dem Aufzuck, den das Kriegsernährungsamt an die Heimarmee Anfang August gerichtet hat, heißt es: „Das R.-E.-M. will alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht um gleich verteilt werden und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfsicherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden.“ Der Anfang ist bereits mit einigen Nahrungsmitteln gemacht. Es müssen bald weitere Preisenkungen vorgenommen werden. Das R.-E.-M. muß Leistung und Gegenleistung zwischen Produzenten und Konsumenten wieder in Einklang bringen, es muß bald fest zugreifen und den Konsumenten das Durchhalten ermöglichen.

Bücherschau.

„An Bord“. Kriegserlebnisse bei der schwimmenden und fliegenden Wehrmacht Deutschlands von Anton Friedrich. (Preis geb. 1 Mk., gebd. 1,60 Mk.). Der durch seine sonstigen Kriegsschilderungen sehr rasch bekannt und beliebt gewordene Schriftsteller hat dieses Frühjahr längere Zeit bei der Marine gewohnt. Was er dort an Bord von Großkampfschiffen, bei den Torpedo- und U-Booten, bei den Luftschiffen und Marineflugzeugen erlebt und gesehen hat, das ist nun in dem genannten Büchlein festgelegt. Wer es zur Hand nimmt, wird es nicht mehr weglegen, bis die letzte Zeile gelesen ist.

„Ein Wort an die unten und die oben“ von einem deutschen Sozialdemokraten. (24 S. Groß-Oktav. Preis 30 Pf. Stuttgart 1916, Franckh'sche Verlags-handlung). Das klug und kräftig, klar und weisend das eine zeigt, das not tut, und alle, alle, von unten und oben, von rechts und links sammeln will, in der Erkenntnis, daß sie den unerbittlichen und schlangenflügeligen Feind England nur dann niederringen können, wenn ein Wille, ein Tun sie alle bejezt und eint.

Sterbetafel.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder
Richard Otto, Görlitz, 22 Jahre alt.
Heinrich Schneider, Wilsel, 20 Jahre alt.
Emil Ulrich, Hamburg, 39 Jahre alt.

Hamburg. Das in Nr. 40 unserer Zeitung gemeldete, an Malariafieber verstorbene Mitglied heißt Heinrich Koopmann, nicht Rogmann.

Dresden. Nach kurzer Krankheitsdauer starb am 11. Oktober unser Mitglied Ernst Büllner im Alter von 43 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Tüchtige Sattler auf Suit-Cases und Reisetaschen
gegen hohen Lohn für dauernd gesucht.
Albert Möller,
Reiseartikel- und Lederwarenfabrik,
Düsseldorf, Kopernikusstr. 26.

Treibriemensattler,
möglichst kriegsfrei und mit der Herstellung von Ledermanschetten, Dichtungen usw. vertraut, gesucht von
Frdr. Hanneke jun., Treibriemenfabrik,
Berlin-Tegeel, Hauptstraße 21.

Holzwohle
in allen gewünschten Stärken für Polsterzwecke liefert preiswert
Holzbearbeitungs-Akt.-Ges.
vorm. Otto Manksh, Görlitz.